

Der Kämmerer Herr Lehmacher wies darauf hin, dass die Haushaltslage als ernst zu bezeichnen sei. Falls in den nächsten Jahren keine nennenswerten Verbesserungen einträten, ginge die Stadt im Jahr 2005 wieder in die Haushaltssicherung. Perspektiven für eine Verbesserung der Situation gebe es nicht. Bei den Schlüsselzuweisungen werde sich eine Verschlechterung von etwa 250.000 EUR ergeben, die jedoch eventuell durch eine Senkung der Kreisumlage kompensiert werde. Außerdem seien folgende Veränderungen gegenüber dem vorliegenden Entwurf zu verzeichnen:

Erstattung von Sachkosten beim Bauhof	+ 15.000 EUR
Aktivbörse	+ 16.000 EUR
Nachtbuslinie N 6	- 27.000 EUR
Straßenbeleuchtung	+ 35.000 EUR
Unterhaltungsvorschuss-Gesetz (Hst. 4810.1610)	- 24.000 EUR

Weiter machte er darauf aufmerksam, dass mit einem Rückgang der Einkommens- und der Umsatzsteuer zu rechnen sei. Eine weitere Erhöhung der Ausgaben gegenüber dem Entwurf dürfe deshalb nicht beschlossen werden.

Herr Schröder erklärte, die Zielvorstellung der CDU-Fraktion bei der Beratung des Haushaltes sei gewesen, aus den Rücklagen keinen höheren Betrag als von der Verwaltung vorgeschlagen zu entnehmen. Dies sei erforderlich, da die Entwicklung der Konjunktur kritisch gesehen und eine Verringerung der Schlüsselzuweisungen erwartet werde. Im Hinblick auf die Solidität des Haushaltes sei es nicht möglich, die als wünschenswert erarbeiteten Vorhaben umzusetzen. Lediglich in einem Punkt sehe seine Fraktion die Möglichkeit zur wesentlichen Verbesserung der Situation. Hierbei handele es sich um Kürzungen im Personalhaushalt. In diesem Bereich müsse über neue Strukturen nachgedacht werden. Die CDU-Fraktion habe dazu folgende Eckpunkte erarbeitet:

- Als Zielvorgabe wird eine Stellenkürzung in Höhe von 5% der am 30.06.2001 besetzten Stellen bis zum Jahre 2005 vorgesehen; mindestens aber 0,5 % jährlich. Die Einsparungen sind kegelgerecht vorzunehmen.
- Die bisher auf ein halbes Jahr festgesetzte Wiederbesetzungssperre wird für externe Besetzungen grundsätzlich auf ein Jahr erhöht. In begründeten Einzelfällen kann hiervon abgewichen werden.
- Stellenveränderungen sind künftig einmal jährlich mit den Bedarfsanmeldungen für den Haushaltsvoranschlag für das jeweils kommende Haushaltsjahr anzumelden.

Herr Schröder forderte die Verwaltung auf, diese Aussagen im Laufe der Haushaltsberatungen zu prüfen und ein eigenes Konzept vorzulegen.

Der Bürgermeister begrüßte die Anwesenden und übernahm um 16.45 Uhr die Leitung der Sitzung.

Herr Schäfer erklärte, dass in den vergangenen zwei Jahren kostspielige Projekte begonnen wurden, die auch in den nächsten Haushaltsjahren hohe Folgekosten verursachen werden. Diese Kosten könnten nicht mehr nur durch

Einsparungen im Personalbereich aufgefangen werden.

Auch für die FDP-Fraktion seien die Personalkosten ein Hauptthema betonte Herr Dorgerloh. Er schlug vor, vorübergehend eine Wiederbesetzungssperre für frei werdende Stellen einzuführen, die nur durch den Personalausschuss aufgelöst werden könne. Dies solle nicht zur Kontrolle geschehen, sondern um die Verantwortung für die Personalkosten auf eine breitere Basis zu stellen.

Frau Breinlich stellte fest, in der letzten Zeit sei mit den Personalausgaben sehr großzügig umgegangen worden. Es habe sich der Eindruck aufgedrängt, es gebe in der Verwaltung mehr Häuptlinge als Indianer.

Nach Anregung durch Herrn Diekmann waren die Ausschussmitglieder damit einverstanden, den zurückgestellten TOP 11 „Ausbau Friederich-Hegel-Straße“ zu behandeln, da interessierte Bürger anwesend waren. Der Bürgermeister unterbrach die Haushaltsberatungen und rief TOP 11 auf (Protokollierung s. S. 10 dieser Niederschrift).

Zum weiteren Verfahren der Haushaltsberatungen einigten sich die Ausschussmitglieder nach angeregter Diskussion darauf, die vorgeschlagenen Änderungen anhand der Zusammenstellung zu beraten.

### **Budget 10 Dezernat I Verwaltungshaushalt**

HSt.	Bezeichnung	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
0001.5621.7	Fortbildung (Ratsbüro)		+580

Die SPD-Fraktion beantragte die Erhöhung dieses Ansatzes.

6 Ja-Stimmen  
10 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

HSt.	Bezeichnung	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
0210.6100.2	Kosten neue Steuerungsmodelle		+5.000

Herr Schäfer führte aus, dieser Ansatz müsse erhöht werden, um das Verständnis für die strukturelle Veränderung der Verwaltung bei Mitarbeitern und Ratsmitgliedern zu schaffen bzw. zu schärfen.

7 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Unter Beteiligung von Herrn Schröer, Herrn Schäfer, Frau Breinlich und Herrn Knülle entwickelte sich eine intensive Diskussion über das weitere Beratungsverfahren. Da keine Einigung erzielt wurde, unterbrach der Bürgermeister die Sitzung für fraktionsinterne Beratungen und eine Pause um 17.45 Uhr.

Um 18.15 Uhr eröffnete der Bürgermeister die Sitzung wieder und teilte mit, dass die Fraktionsvorsitzenden verabredet hätten, die weiteren Haushaltsberatungen in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2001 fortzusetzen. Die Verwaltung werde aus den vorliegenden Fragen eine Synopse erstellen und diese den Fraktionen bis zu den Fraktionssitzungen zur Verfügung stellen. Die Ausschussmitglieder waren mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Der Bürgermeister schloss die öffentliche Sitzung um 18.18 Uhr.